

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Briefband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postvergütungsliste für 1919 eingetrag.

Interate sollen die achtstellige Kontokorrentnummer oder deren Name 120 M., Wortanzahlgen bis sechsstelliger Post 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Zeitungszustellung 50 Pf. Familien- und Vereinstellungen sind der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Feuergeschechte in Hannover.

Hannover, 8. Juli.

Amlich wird gemeldet:

Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Wir erhalten folgende Drahtnachricht aus Hannover:

Die heute nacht um 11 1/2 Uhr angekommene Reichswehr feuerte, ohne das Kommando abzuwarten, auf die vor dem Bahnhof versammelten Menschenmassen. Eine Frau und zwei Männer sind getötet, zwei Kinder verwundet worden. In der Stadt herrscht große Erregung. Der Streik war bereits um 11 Uhr beigelegt.

Ueber die Vorgänge in Hannover wird durch Wolffs Bureau folgender Bericht ausgegeben:

Hannover, 8. Juli.

Die gestern abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Gefindel tätlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Masse zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Dabei sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Wie der „Hannoversche Courier“ dazu weiter meldet, zog nach den Gewalttaten auf dem Ernst-August-Platz eine Anzahl von Sozialisten nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen und schließlich nach dem Militärgefängnis, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwangen sie den Einlaß und befreiten sämtliche Gefangenen. Die Gerichtsakten wurden in der Keller Straße verbrannt. Nunmehr begab sich der Mob nach dem Hellengefängnis, wo sich auch mehrere Truppen und Schutzeinheiten versammelten. Es entwickelte sich ein Feuergeschecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte. Schließlich ergriß die Menge die Flucht.

Der amtliche Bericht läßt nach seiner ganzen Fassung darauf schließen, daß die Truppen, wie es in unserer Meldung heißt, selbständig, ohne ein Kommando abzuwarten, auf die Menge feuerten und damit die nachfolgenden blutigen Ereignisse provozierten. Wieder ist durch die Schuld der militärischen Führung, die ihre Truppen nicht in der Hand hat, das Blut Unschuldiger geflossen und ein blutiger Zusammenstoß heraufbeschworen worden. Wir verlangen strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen.

### Abbruch des Eisenbahnerstreiks in Hannover.

Hannover, 7. Juli.

Die streikenden Eisenbahner haben beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Die Streikleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen fortzuführen.

### Die Liste der Auszuliefernden.

Versailles, 7. Juli.

Einzelne Blätter, wie „Patrie“ und „Journal des Debats“ veröffentlichen die Liste der Deutschen, deren Auslieferung die Alliierten wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze und das Völkerrecht verlangen werden. Es werden genannt: Kronprinz Rupprecht von Bayern (Deportationen in Nordfrankreich), von Mackensen (Brandstiftung, Diebstahl, Hinrichtungen in Rumänien), General von Bülow (Niederbrennen von Andenne, Hinführung Gefangener), Baron von der Lancken (Cavell-Affäre), Admiral von Capelle (Unterseebootskrieg), Leutnant Werner, die Kommandanten Valentiner und Forstner (Versenkung von Hospital- Schiffen), von Mantuffel (Niederbrennung von Lokomotiven), Major von Bülow (Hinführung von Aeroplanen, Hinrichtung von 150 Gefangenen).

### Das englische Unterhaus und die Auslieferung des Kaisers.

Amsterdam, 7. Juli.

Neuter meldet aus London, daß Bonar Law im englischen Unterhause in Erwiderung auf eine Anfrage erklärte, bisher hätten die alliierten Regierungen in der Frage der Auslieferung des kaiserlichen Kaisers keine Rolle gespielt.

Reklamationen bei der holländischen Regierung erhoben, die notwendigen Schritte in dieser Frage würden jedoch unternommen. Dalbica fragte, ob irgendwelche nicht amtliche Mitteilungen gemacht worden seien. Bonar Law erwiderte: Darüber möchte ich mich lieber nicht äußern. Murray fragte, ob Bonar Law wisse, daß eigentlich niemand besonders wünsche, daß der vormalige Kaiser nach England gebracht werde. Diese Anfrage erzeugte Beifall. Bonar Law antwortete nicht auf diese Frage.

### Die Heimhaffung der Kriegsgefangenen.

Bern, 7. Juli.

Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die notwendigen Maßnahmen zur Heimhaffung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangene sind bereits nach Sammelplätzen für die Heimbeförderung geschafft worden.

### Der Profeststreik in Italien.

Bern, 7. Juli.

Der Generalrat des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes macht bekannt, daß auch die italienischen Eisenbahner sich dem internationalen Profeststreik anschließen werden. Nach Abanti wurde eine Tagesordnung vorgelegt, die in der Hauptsache folgendes besagt: Das italienische Proletariat beschließt, mit größter Energie sich gegen die Unterdrückungspolitik der Entente aufzulehnen, die darauf abzielt, die Sowjetrepubliken und die durch den Krieg entstandenen neuen Regime niederzuhalten. Diese allen Grundfähen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und aller Gerechtigkeit höhnisch sprechende Politik findet in der Anerkennung des von allen freiheitlich Gesinnten bekämpften russischen Abenteuer-Kollischal und in den Friedensbedingungen, wie sie von der Entente dem deutschen Volke auferlegt worden sind, ihren Ausdruck. Um gegen diesen Geist der Reaktion und der Unterdrückung, der die Leiter der Ententepolitik beherrscht, und gegen die völkerverhetzende Politik der eigenen Regierung zu protestieren, wird am 20. und 21. Juli das italienische Proletariat mit Ausnahme der im Sanitätsdienst beschäftigten Leute in den Generalstreik eintreten.

Bern, 7. Juli. (W. Z. N.)

Die Regierungsverordnungen über die Preisherabsetzung der Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände haben in den meisten Städten Italiens zu einer Verwirrung geführt. Nach vorliegenden Zeitungsmeldungen sind Unruhen größeren Umfangs am Sonntag nur in Mailand und Turin vorgekommen, wo zahlreiche Geschäfte geplündert wurden. Der Montagvormittag verlief nach Mailänder Nachmittagsblättern in Mailand ruhig.

### Zwei Fragen.

Vor jetzt zwei Monaten sind die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs abgeurteilt worden. Seit jetzt zwei Monaten wartet die Öffentlichkeit darauf, ob Moskwa das Urteil bestätigen wird oder nicht. Und seit jetzt zwei Monaten schweigt Moskwa. Kann er, der Mann der schnellen Entschlüsse, sich diesmal wirklich nicht entschließen? Oder ist die Entscheidung vielleicht schon gefallen und er hält sie der Öffentlichkeit nur vor? Deshalb heraus mit der Sprache: Wie steht es mit der Bestätigung des Urteils gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs?

Vor viel mehr als zwei Monaten ist der sogenannte Oberleutnant Jürgen, eines der Werkzeuge der Spitzelzentrale, verhaftet worden, der seinerzeit auch den Genossen Ledebour festgenommen hatte, und von dem im Prozeß behauptet wurde, daß er Ledebour das gleiche Schicksal bereiten sollte, das die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg getroffen hat. Die Verhaftung wurde damit begründet, daß er angeblich ohne Befugnis Verhaftungen bewirkt und Hausdurchsuchungen vorgenommen hätte.

Obgleich die Öffentlichkeit in hohem Maße an dem weiteren Schicksal dieses Ehrenmannes interessiert ist, schweigt die sonst so beredte Staatsanwaltschaft über ihn wie das Grab. Wir fragen deshalb an: Herr Staatsanwaltschaftsrat Weismann, Herr Staatsanwalt Zumbroich, wo befindet sich Jürgen jetzt? Und wie steht's mit dem Verfahren gegen ihn?

Wir nehmen natürlich an, daß die uns zugegangene Nachricht falsch ist, auch er sei glücklicher Besitzer eines Passes nach Holland und vielleicht schon dort eingetroffen.

## Die heiligen drei Könige oder wofür Deutschland Geld hat.

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg.

„Sparen, Sparen!“ Es löst es aus dem Munde unseres Finanzministers im Reich und in den Einzelstaaten. Wenn die Arbeiter und Beamten des Staats Aufbesserung ihrer knappen Einkünfte verlangen, wenn dringende Reformen in unserem Erziehungs- und Bildungswesen gefordert werden, dann stehen die regierenden Herren gewöhnlich achselzuckend da und beteuern treuerzig: „Wir haben kein Geld!“ Der arme, arme preussische deutsche Staat! Er hat nur für zwei Dinge immer Geld für die Freiwilligenkorps und für die Kirche!

In Weimar haben die Rechtssozialisten, die Zentrumsmänner und die Demokraten, neben anderen tüchtigen Leistungen, auch ein Kompromiß über das künftige Verhältnis von Kirche und Staat abgeschlossen. Das Ziel des schwarz-rot-goldenen Dreibundes hat denn auch das verdiente Lob davongetragen: Rückschritt in dem Bekannten berichtet der bekannte geistliche Dunkelmann Mumm in der Zeitschrift „Reformation“ vom 1. Juni über die Weimarer Beschlüsse, wie sie in den Urteilen 30, 30 a und 31a des deutschen Verfassungsentwurfs zum Ausdruck gekommen sind. Mumm triumphiert: „Das kirchliche Vermögen ist gegen Zugriffe gesichert, ebenso das Steuerrecht der Kirchen sichergestellt. Die Staatszuschüsse an die Kirche sollen abgeleitet werden; die Grundfähen für vollwertige Entschädigung werden durch ein Gesetz festgelegt werden.“ Kurz und gut, der Kirche sind alle Einkünfte sichergestellt. Und wenn sonst im Lande noch so viel Elend herrscht, die Kirche soll nicht darben. Dafür sorgen schon die Rechtssozialisten im Bunde mit ihren demokratischen und Zentrumsfreunden. Im Jahre 1914 hat allein in Preußen die Kirche 42 Millionen Mark direkt aus dem Staatshaushalt bekommen; ganz abgesehen von den vielen Millionen der Kirchensteuer. Zur Zeit zahlt der preussische Staat die Millionen an die Kirche immer noch lustig weiter, und wenn künftig einmal der Staatszuschuß an die Kirche „abgeleitet“ werden sollte, dann bekommt sie eine „vollwertige Entschädigung“! Und doch hat es einmal einen gewissen Jesus von Nazareth gegeben, der seinen Jüngern lehrte: „Ihr könnt nicht zwei Herren zugleich dienen. Entweder ihr dient Gott oder dem Mammon.“ Nun, Herr Mumm und seine kirchlichen Freunde haben sich für den Mammon, in Gestalt der deutschen Reichs-Kaufmannschaft, entschieden. Wie sie auf dieser Grundlage ihr Verhältnis zu Gott und zu Jesus einrichten wollen, bleibt ihnen überlassen. Die frommen Herren haben es ja zu allen Zeiten verstanden, hier ungerade sein zu lassen; sie werden sich auch aus dieser Zwischmühle herausfinden.

Nicht ohne Grund haben die Ober- und Geheimräte nach dem 9. November ihr kirchenfreundliches Herz entbedt. An sich ist ihnen die Kirche völlig gleichgültig; aber sie brauchen die schwarzen Bataillone als Waffen über im Kampf gegen das klassenbewußte Proletariat. Darum hält die jetzige Regierung der Geistlichkeit die offene Kieflasche hin und liefert ihr die Schutzjungen aus. Indessen ist in der Ehe zwischen dem Rechtssozialismus und der Kirche, wobei die Demokraten als Brautjungfern hinterdrein laufen, eine ergötliche Fregung passiert. Der oberste Bischof und „Herr“ der preussischen evangelischen Landeskirche war bis zur Revolution Wilhelm II. Seitdem nun Wilhelm seinen Wohnsitz nach Amstungen verlegt hatte, war die preussische Landeskirche bischofs- und herrnlos, ein Zustand, der eigentlich einer demokratischen oder gar sozialistischen Zeit gar nicht unentsprechend. Aber die preussische Revolutionsregierung dachte gar nicht daran, die Gewalt, welche bisher die Hohenzollern über die Kirche ausgeübt hatten, aufzugeben. Sondern die vorläufige preussische Verfassung übertrug die Rechte, die früher der König von Preußen als „Oberherr“ der Landeskirche besessen hatte, auf drei evangelische Staatsminister. Für diesen ehrenvollen Posten wurden bestimmt: die Herren Oeser, Dr. Südekum und Geinert. So hat die preussische Landeskirche statt des einen vertriebenen Königs nun ihrer drei. Diese heiligen drei Könige der Republik Preußen sind der beste Witz, den in der sonst so tieftraurigen deutschen Revolutionsgeschichte gemacht worden ist. Herr Wolfgang Geinert ist ganz offensichtlich wegen seiner Milde, wegen seines Rechtsgefühl und wegen seiner echt christlichen Nächstenliebe auf den Bischofsstuhl erhoben worden. Dieser rechtssozialistisch-demokratische Königs-Ersatz war nun

...der jetzt von ungenügenden Umständen zu sein, die sonst mit den höchsten Mächtern durchaus zufrieden sind. Von den kirchlichen Behörden und Versammlungen regnet es Proteste gegen diese „Spottgesetze der preussischen Notverordnung“, wie Herr Rumm in dem oben erwähnten Artikel sich ausdrückt. Herr Rumm trübt sich damit, daß die Bischofsgewalt jener drei Minister nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde, bis zum Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung. Aber er irrt sich wahrscheinlich: so leicht werden die Reichsparteien die Gelegenheit nicht fahren lassen, die preussische evangelische Kirche fest am Gängelband zu halten.

Die wirkliche Befreiung der Kirche von der staatsrechtlichen Staatkontrolle ist nur möglich durch reifliche Trennung von Kirche und Staat. Dann darf die Kirche aber auch keine Trümmer vom Staat annehmen, und sie muß jeden Einfluß auf öffentliche Einrichtungen, wie z. B. die Schule, aufgeben. Gegenüber dem kümmerlichen Schacher zwischen den gegenwärtigen Reichsherrn und der Selbstlosigkeit erheben wir die Forderung: keine „Kirchensteuer“ mehr, sondern nur noch freiwillige Mitgliedsbeiträge in den privaten kirchlichen Vereinen! Kräftige Herabsetzung des kirchlichen Vermögens, wie aller anderen Vermögen, zu den Lasten der Allgemeinheit! Und vor allem: kein Pfennig mehr für die Kirche aus den staatlichen und kommunalen Kassen! Die vielen Millionen, die bisher alljährlich in Preußen-Deutschland der Staat dem sprichwörtlichen „guten Kragen“ der Kirche zugeführt hat, sollen lieber zur körperlichen und geistigen Förderung unserer armen Proletarierkinder benutzt werden. In diesem Sinne wird eine wirkliche sozialistische Regierung zu arbeiten haben, und sie wird nicht ihre Zeit mit dem Hirtentum des Königs- und Bischofs-Schafes verstreuen!

### Kulturverrat.

Zwischen der Roskepartei und dem Zentrum finden bekanntlich Verhandlungen über die Schulgesetzgebung statt. Ueber den Inhalt des geplanten Kompromisses finden sich in den liberalen Blättern Mitteilungen, die geradezu ungeheuerlich klingen. Es soll ein Reichsgesetz beschlossen werden, das den einzelnen Preussentümern das Recht nachkommen würde, am gegenwärtigen Stand der konfessionellen Schule etwas zu ändern. Die konfessionelle Scheidung würde aufrecht erhalten werden und der Religionsunterricht vorklassisches Lehrfach bleiben. Endgültig sollten die Schulfragen dann in einem Reichsgesetz geregelt werden. Es ist selbstverständlich, daß das Zentrum es verstehen würde, das Zustandekommen eines solchen Gesetzes herbeizuführen, das in dieser Beziehung die reaktionärsten der Welt, trotz Revolution und „vollendeter Demokratie“ bestehen bleiben.

Daran aber noch nicht genug. Das preussische Zentrum fordert vom Kultusministerium die sofortige Zurückziehung der beiden Schulnotverordnungen. Die eine Notverordnung bringt die Aufhebung der geistlichen Ortschulaufsicht, während die andere Bestimmungen über die Zusammensetzung der Schuldeputationen trifft. Die Verordnungen sind seinerzeit mit Zustimmung der gesamten Koalitionsregierung, also auch der Zentrumsmänner erlassen worden. Jetzt fordert das Zentrum ihre Beseitigung und droht, falls seine Forderung nicht erfüllt wird, mit der Bildung eines selbständigen Rheinischen, westfälischen und ober-schlesischen Bundesstaates. Es heißt, daß das preussische Kultusministerium diesen Forderungen Widerstand entgegensetzt, während im Reich der Reichstagspräsident Heinrich Schulz sich mit dem Zentrum abgeordneten Maussach bemüht, den Aufstand zum Abbruch zu bringen.

Daß solche Verhandlungen überhaupt stattfinden, ist ein unerhörter Skandal. Wir haben seinerzeit, als die Rechtssozialisten die Koalition mit dem Zentrum abgeschlossen, vorausgesagt, daß das die völlige Preisgabe der sozialistischen Kulturforderungen be-

deuten würde. Damals wurde versichert, daß davon keine Rede sein könne, das Zentrum vielmehr zu wackigen Konzeptionen bereit sei. Nun zeigt es sich, wie richtig unsere Voraussage gewesen ist. Jetzt erntet die rechtssozialistische Regierung, was sie damals gesät hat.

Daß das Zentrum in solcher Weise aufzutreten sich unterjüngt, kennzeichnet allerdings die politische Situation. Die Roskepartei ist durch ihre verräterische Politik und die vollendete Unfähigkeit ihrer Führer so berundergezwungen, daß sie eben alles zugunsten zu werden kann. Bei den Massen ist sie verhaßt und verachtet, im Bürgertum nur noch als momentaner Notbehelf geduldet. Man weiß, daß wählen für die Partei eine Katastrophe bedeuten würden, und glaubt, ihr daher alles zumuten zu können.

In einer gewöhnlichen Geschicklichkeit und Strafbefähigkeit will jetzt das Zentrum diese Situation ausnutzen. Die Rechtssozialisten und allen voran der famose Haenisch, haben seinerzeit das wackste Besäres über die angebliche Kulturkampfbekämpfung Adolf Hoffmanns erhoben. Jetzt zeigt es sich, daß das Zentrum unter den Kulturkampf bereits jede Einschränkung der Herrschaft der Kirche über die Schule ansetzt. Die erbauliche Freiheit, die die Rechtssozialisten, wie in allen, so auch in den Kulturfragen bewiesen haben, trägt jetzt ihre Früchte und ihr Schacher mit sozialistischen Grundfragen endet damit, daß sie diese völlig aufgeben, während die Gegner ihre Grundfrage restlos durchsetzen.

Auf den Ausgange dieses Kampfes zwischen den beiden Regierungsparteien kann man einigermaßen neugierig sein. Aber wie die Dinge stehen, werden die Rechtssozialisten schon zu Kreuze kriechen. Denn einen wirklichen Kampf können diese Selbsten der bürgerlichen Parteien doch nicht mehr führen. Und ob sie ein paar sozialistische Grundfragen mehr oder weniger aufgeben, bevor sie von den Arbeitermassen endgültig erledigt werden, darauf kommt es ihnen auch wirklich nicht mehr an.

### Beschüger der Klassenjustiz.

Der „Vorwärts“ behauptet, wir hätten in unserer Besprechung des Prozesses über die Ermordung des Oberleitnants v. Klüber in Halle unseren Lesern alles mögliche vorgelegt. So hätten wir gesagt, den Tätern sei gar nichts nachgewiesen, während in Wirklichkeit als die einzigen wiedererkannt hätten, die Klüber ins Wasser geworfen und auf ihn geköpft hätten. Was aber haben wir in Wirklichkeit gesagt? Wir haben nicht erklärt, daß ein Teil der Aussagen mit Bestimmtheit in einem oder mehreren der Angeklagten den oder die Täter erkannt haben, d. h. also, wir haben daselbe, was der „Vorwärts“ jetzt sagt, nur in anderen Worten ausgedrückt. Allerdings haben wir der Wahrheit entsprechend hinzugefügt, daß andere Zeugen dagegen die Angeklagten als Mörder bezeichnet haben. Das unterschlägt der „Vorwärts“ selbstverständlich seinen Lesern.

Der „Vorwärts“ behauptet weiter, wir wären für die Freisprechung der Angeklagten eingetreten, auch wenn sie wirklich die Täter gewesen sein sollten. Wir fordern den „Vorwärts“ auf, diese schamlose Lüge durch einen genauen Hinweis auf die Stelle unserer Ausführungen aufzuklären, wo wir solche Worte auch nur dem Sinne nach gebraucht haben. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Wir haben erklärt, daß wir an dem Urteil nicht rütteln wollten, daß aber die Angeklagten nur die Opfer der Regierungspolitik geworden sind. Niemand haben wir aber gesagt, daß das einen Freispruch gegen wirkliche Täter rechtfertigen würde. Daß aber die Arbeiterklasse in den Angeklagten nur die verführten Opfer der durch die Politik der Regierung maßlos erregten Volksheldenschaft sah, das hat sogar die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Nachwort zu dem Prozesse zugegeben, wenn sie sich auch darüber nicht äußert hat.

Daß dem „Vorwärts“ jedes Verständnis für Volkstimmungen fehlt, wundern uns nicht, da mit jedem Tage immer sichtbar wird, daß er jeden Kontakt mit den Massen, jede Werbung ihrer Bestrebungen von einem höheren, revolutionären Gesichtspunkt verloren hat. Noch we-

niger wundern es uns, daß er den Mordprozeß Klüber in einem neuen Vorstoß zugunsten der Mörder Liebknecht und Luxemburg und zur Verteidigung der Justiz im Reichstag im Reichstag benutzt. Das hat so kommen müssen. Der „Vorwärts“ hat zwar in einem letzten Augenblick das Befahren gegen die Mörder Liebknecht und Luxemburg als „Divisionspatriotische Theater“ bezeichnet. Jetzt jedoch zeigt er sich nicht, darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Prozeß kein kühnerer Schuldbeweis gegen die Täter geführt worden sei, und er stellt es so dar, als ob wir blühend den Ruf der Mörder gefordert hätten, obwohl nur ein sehr kühnerer Indizienbeweis gegen sie vorlag.

Wir sehen davon ab, eine Parallele anzustellen zwischen der Höhe des Strafmaßes des verurteilten Oberleitnants Vogel und des Jägers Rung und den Urteilen im Klüber-Prozeß. Der Kernpunkt der Frage liegt darin, ob im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß das ganze Verfahren darauf angelegt war, die Mörder zu bekämpfen und zu entlassen und die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Der ganze Apparat der Militärjustiz wurde mißbraucht, das Recht mit Füßen getreten, um die Offiziersverehrung gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ungeschädigt bleiben zu lassen. Gegen diesen ungeheuerlichen Mißbrauch, gegen diesen Weltskandal, der die deutsche Justiz schändet, gegen die elende Rolle, die die Regierung in diesem Prozeß gespielt hat, richtete sich unser Kampf. Und war es völlig gleichgültig, welches Strafmaß die Schuldigen treffen würde. Wir kämpften für Recht und Gerechtigkeit, wir protestierten gegen die ungeheuerliche Klassenjustiz, die in diesem Prozeß besonders kraft ausgedrückt kam, genau so, wie die deutsche Sozialdemokratie seit Jahrzehnten stets gegen die Klassenjustiz der Herrschenden protestiert hat.

Dem „Vorwärts“ nehmen wir seine Verteidigung der Klassenjustiz nicht weiter übel. Nachdem er der treue Gehilfe der herrschenden Gruppe geworden ist, steht er auch in der Frage der Justiz auf demselben Boden wie die bisher herrschenden junkerlichen und kapitalistischen Eliten. Die Grundzüge der deutschen Sozialdemokratie hat er auch hier verraten; ein unerhörter Mißbrauch ist es, wenn er sich auf sie beruft.

### Fälschermethoden.

Der „Vorwärts“ als Nachfolger des Reichstagesverbandes.

Der „Vorwärts“, dessen jetzige Redaktion nur mit Hilfe des Oberkommandos in den Marken und unter dem Schutze des Belagerungszustandes den Berliner Arbeitern ihr Blatt entziffert, wirft unserem Genossen Dr. Oskar Cohn „Lichtstrahlen mit dem Belagerungszustand“ vor. Zu diesem Zweck zitiert er aus dem bei uns wiederergegebenen Bericht jüngsten Redes in der Nationalversammlung folgenden Satz:

„Es ist doch ein Unterschied, ob eine um die Macht ringende Partei, nennen Sie sie Regierung oder wie Sie sonst wollen, von der Gesellschaft abtritt, oder ob es die Regierung tut, die immer und immer wieder versichert, sei die wahre und gesetzliche und demokratische Regierung.“

Doch die folgenden Sätze, die den Standpunkt des Genossen Cohn in dieser Frage nach allen Seiten hin scharf umreißen, werden vom „Vorwärts“, nach Manier des seligen Reichstagesverbandes, glatt unterschlagen. Genosse Cohn erklärte kategorisch:

„Gewalt und Mißbrauch mißbillige ich gleich scharf, gleichviel welche Partei sich des Mißbrauchs schuldig macht. (Zurück bei den Reichstagen) Sie wissen, daß ich es mißbillige, wenn in München oder Passau oder sonstwo Kommunisten oder Unabhängige oder wer immer das Reichstagsmitglied und das Reichstagsmitglied durchbrechen. Aber es muß doch anders gemacht werden, was mitten in heftigen Kämpfen geschieht, als wenn Sie jetzt mit einer auf die Dauer berechneten Behauptung nichts weiter tun, als die Geschichte einer Partei zu bejagen, und ihre Machtposition mit den Mitteln der Gewalt zu verengen.“

Man kann nicht scharfer die strikte Ablehnung aller Gewaltmethoden als planmäßiges Mittel der Politik zum

### Ein Opfer.

Von Kurt Eisner.

Genossin Sonja Lerch war am Anlaß des Januarfestes 1913 in München mit einem anderen verhaftet worden. Ueber die Gründe zu ihrem Selbstmord im April 1918 wurde damals geschrieben. Neues Licht erhält der Fall durch folgendes Bild aus Eisers Nachlaß (aus Wärd bei Paul Cassirer, Berlin).

Die arme Sonja hat sich in Stadelheim nicht gegen das „Landverrat“, sondern um der tiefsten Demütigung ihrer Frauenliebe zugegeben. Es war ein paar Tage vor dem Termin ihrer Verurteilung. Dieser prächtige deutsche Philologe, für den die Sonja gearbeitet und geradet hatte, der sich vor mir einen Kolonialer nannte, widerstand gleichwohl dem Uebel, und veröffentlichte in dem Augenblick, als seine Frau unter Anklage eines mit Zuschuß bedrohten Verbrechens verhaftet war, in den Blättern eine Erklärung, daß er schon vor einiger Zeit die Verurteilung eingeleitet habe. Die deutsche Öffentlichkeit nahm an dieser Verbindung ansehend keinen Anstoß; man fand sie offenbar selbstverständlich. Nur kennt kein Geistes. Die Deutschen sind ja das ritterliche Volk. Außerdem war sie nur eine kleine russische Jüdin und er ein ferndeutscher Mann, wenn auch Amerikaner. Sie schämte sich für ihn, und als sie sah, daß er sich wirklich zum Scheidungsantrag kommen ließ, schloß sie freiwillig und glücklich die Scheidung. Denn sie liebte diesen Mann! Sie hatte sich während der Streikwoche mit anderen Frauen vereinigt, die sich eingeleitet, daß politische Agitation — „Landverrat“ habe ja damals noch nicht in Frage — ein Scheidungsgrund sei. Unter dieser körperlichen Pein hatte sie eingeleitet, die Ehe friedlich zu trennen. Als ich ihr den ersten Augenblick sah, daß deshalb eine Ehe geschieden werden konnte, wollte sie zum Rechtsanwalt gehen und ihre Einwilligung zurückziehen. Das sagte sie mir am 31. Januar, während des Münchener Demonstrationstages. Ihre Absicht wurde durch die Verhaftung vereitelt. Ich bemühte mich, sie zu trösten: Ein Mann, der so handelt, sei doch nicht wert, daß man seine Augen auf ihn richtet. Da wurde sie sehr erregt und erwiderte mir sehr energisch, darüber nicht zu reden; der Mann sei ein Charakter. Da wachte ich, daß sie den Mann dennoch liebte. An dieser Liebe ist sie gestorben. Die Gefängnispsychologie, die langsam einsetzte, schloß sich

Rädte vollendet das Werk seelischer Zerrüttung. Ich sah sie seit unserer Verhaftung zweimal. Einmal begegnete sie mir noch im Kolonialgeschäft. Sie wollte auf mich zu und mir die Hand geben. Das wurde verhindert. Das zweite Mal sah ich sie im Hof des Untersuchungsgefängnisses; sie stand mit dem Regen, fixierend, völlig zusammengefallen, an die Mauer gelehnt, wie eine Verfallene der Obdachlosigkeit; sie erwiderte ihren „Spaziergang“ und ich begann ihn, wir traten uns bei dieser Wiedertreffen. Eine russische Wirtin in der deutschen Wirtin in der deutschen Partei und als russische Frau bei dem Mann sie unbekanntgeheiratet. . . . Später erfuhr ich, daß ihr Mann in Wärd bei Paul Cassirer, Berlin.

### Bauernkomödien.

Nun sind wir in Berlin so weit, daß mit der bevorstehenden Sommerzeit die Theater ihren wöchentlichen Einheitsplan haben. Mehr als zwölf Bühnen haben ihre Serienstücke, das Tag für Tag ein nach Heiterkeit verlangendes Publikum erheitert. Besonders beliebt bei den Landbewohnern sind in der Folge die Bauernstücke, bei denen Landluft aus den Kulissen weht. In der Volksbühne ist es unter der Sommerdirektion Heinrich Kestis die bayrische Dorfkomödie „Der heilige Florian“ von Real und Reichand, die mit Humor und Satire ihren unterhaltenden Zweck erfüllt. Der Arglistige, der den heiligen Florian als Schutzpatron gegen Feuergefahr anruft und munt, stiftet selbst den Brand und erhält die Versicherungssumme, nachdem er in einer kurischen Geschworenenprüfung freigesprochen wurde. Das Stück enthält trotz darrer Streichen manche Vergnüglicheit und wird unter Leitung von Hans Jutz von Herzfeld, Sachs und den anderen Mitwirkenden gut zur Geltung gebracht.

Aus dem Bauern- und Milchwirtschaften zieht im Palasttheater eine neue Operette ihre Wirkung. Kurt Thierygen und Richard Walla haben Kestros treffliche Komödie „Der Zerrissene“ zu einem Lustspiel verarbeitet, dem eine Frau Danciger die Begleitmusik schrieb, die küßlich, nach „Schlagern“ trachtend, aber schwächlich instrumentiert ist. Immerhin langt es zu einem lebhaften, tangbaren und launigen Ganzen, das unter dem Titel „Meinende Erben“ Dorf und Stadt, Verschwendung und Armut, Häßlichkeit und Treue so lange verlockt, bis sich die richtigen Grenzen gefunden haben. Die

Aufführung hielt sich in Darstellung und Ausstattung auf beachtlicher Höhe. Um den Erfolg machte sich (neben den Damen Mann und Garben und dem Tenor Willi Weh) in erster Reihe Franz Grob verdient, der eine famose, manchmal an Pausenberg erinnernde, bitter tragikomische Gestalt schuf, die den guten alten Geist der ersten Wiener Neustadt-Zeit atmete.

Ein Tag für Denkmalpflege hat gestern in der Berliner Akademie der Künste begonnen. Zunächst wurde das Thema behandelt „Die Zukunft der fürstlichen Schlösser und des ehemaligen fürstlichen Kunstbesitzes“, zu dem Prof. Marlowitz, Cornelius, Surlit u. a. sprachen. Prof. Marlowitz schlug vor, das Berliner Schloss zu einem preussischen Museum zu gestalten, das besonders Schadow, Rauch und Schinkel gewidmet sein sollte. Im übrigen traten die Teilnehmer des Tages für Denkmalpflege dafür ein, daß die Denkmäler, die dem Staat aus fürstlichen Besitz zufallen, nicht verwandt werden dürfen zu einem Zweck, der ihre künstlerische und geschichtliche Bedeutung beeinträchtigt oder ihre Erhaltung gefährdet.

Filmindustrie gegen Zensur. Die Vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie veröffentlichen folgende Mitteilung: Der Kartellrat der Vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie hat sich mit dem Reichsverband der Vorparlamentarier der Deutschen Nationalversammlung, in Artikel 117 der neuen Reichsverfassung die Zulässigkeit einer Filmzensur auszusprechen beauftragt und beschlossen, in einer Denkschrift an die Nationalversammlung, zum Ausdruck zu bringen, daß die Filmproduktion nicht der Zensur, sondern der Selbstzensur der Produzenten unterstellt werden müsse. Demgemäß haben die Vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie ein Organ eingerichtet, das in der Selbstverwaltung der Industrie stehend, dazu berufen ist, innerhalb der Kreise der Filmhersteller Selbstzensur zu üben und die Herbeiführung dieser Kreise, die sich selbst der Mithilfe künstlerischer und volkserzieherischer Männer und Frauen bedienen wollen, zum Ausdruck zu bringen, ob in den von den Filmherstellern geschaffenen Filmen die zulässigen Grenzen innegehalten worden sind, wie sie Sitte, Anstand, Besch und Geschmack erheben.

Die Verteilung des Nobel-Preises für 1913 für Physik, Chemie, Medizin und Literatur ist auf 1920 verschoben worden.

Für die im Monat August in der Volksbühne (Theater am Bülowplatz) stattfindenden Opernaufführungen ist das gesamte Blüthner-Orchester verpflichtet worden. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Eugen Gottlieb übernommen.



